Preußische Gesetzsammlung

Jahrgang 1923

Mr. 62.

Juhalt: Gesey über den Sig des Landeskulturamts für die Proving Pommern, S. 463. — Verordnung über die Erhebung der Beiträge zur Landwirtschaftskammer für die Proving Schleswig Holftein, S. 463. — Verordnung zur Ampassung der Bandergewerbesteuer an die Geldwertänderung, S. 464. — Verordnung über eine Erhöhung des Ausgleichszuschlags und der Frauenbeihilfe, S. 464. — Verordnung zur Anpassung der Banderlagersteuer an die Geldwertänderung, S. 465. — Oritte Verordnung des Staatsministeriums, betressend Anpassung der Staats und Gemeindesteuern an die Geldwertänderung, S. 466. — Zweite Verordnung über die Anpassung der Stempelsteuer an die Geldwertänderung, S. 466.

(Rr. 12658.) Gefet über ben Sit bes Landeskulturamts für die Proving Pommern. Bom 5. Oftober 1923.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschloffen:

§ 1.

Das durch Gesetz über die Errichtung neuer Landeskulturämter vom 25. November 1920 (Gesetzfamml. S. 619) errichtete Landeskulturamt für die Provinz Pommern hat seinen Sit in Stettin.

\$ 2.

Mit der Ausführung dieses Gesetzes wird der Minister für Landwirtschaft, Domanen und Forsten beauftragt.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, ben 5. Oftober 1923.

Das Preußische Staatsministerium.

(Giegel.)

Braun. Wendorff.

(Nr. 12659.) Berordnung über die Erhebung der Beiträge zur Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein. Vom 26. September 1923.

Auf Grund des § 18 Abs. 1 des Gesetzes über die Landwirtschaftskammern vom 30. Juni 1894 (Gesetzsamml. S. 126) in der durch die Gesetze vom 16. Dezember 1920 und 22. Mai 1923 (Gesetzsamml. 1921 S. 41, 1923 S. 267) abgeänderten Fassung wird verordnet, was folgt:

§ 1.

Die Beiträge zur Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein werden auf die beitragsplichtigen Bestynngen zu vier Fünsteln nach ihrem Grundsteuerreinertrage, zu einem Fünstel nach ihrer zum Grundsteuerreinertrage veranlagten Fläche verteilt. Für die Beiträge nach dem Grundsteuerreinertrage gilt die Abrundungsvorschrift des Gesetzes, für die Beiträge nach der Fläche kommen Hektarbruchteile unter ½ in Wegfall, Hektarbruchteile von ½ und darüber als volle Hektar in Ansach.

Gesetsfammlung 1923. (Mr. 12658-12664.)

Ausgegeben zu Berlin ben 12. Oftober 1923.

§ 2.

Diese Berordnung tritt mit dem Tage ihrer Berkündung in Kraft. Sie hat auch für die am 17. Juli und 6. September 1923 von der Landwirtschaftskammer beschloffenen Umlagen Geltung.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten kann die Berordnung auf Antrag der Landwirtschaftskammer außer Kraft seben.

Raylin San 26 Cantambar 1029

Berlin, den 26. September 1923.

Das Preußische Staatsministerium.

(Giegel.)

Braun

Wendorff.

(Nr. 12660.) Verordnung zur Anhassung der Wandergewerbesteuer an die Geldwertänderung. Vom 27. September 1923.

Unf Grund des § 9 Abs. 8 des Wandergewerbesteuergesetze vom 4. Januar 1922 (Gesetzfamml. S. 1) in der Fassung des Gesetzes zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldwertanderung vom 31. Juli 1923 (Gesetzsamml. S. 361) wird folgendes angeordnet:

Artifel 1.

a) Die durch Verordnung vom 3. Juli 1923 festgesetzten Steuersätze werden dahin abgeändert, daß als regelmäßiger Sat gilt

b) Im § 9 Abf. 6 wird die Zahl "2 500" durch die Zahl "3 000 000" und die Zahl "5 000" durch die Zahl "6 000 000" ersetzt, ferner wird

c) im Abf. 7 die Bahl "1 000 000" durch die Bahl "1 500 000 000" erfett.

Artifel 2.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 in Kraft und findet auf die bis dahin bereits erteilten Wandergewerbescheine und Gewerbescheine keine Anwendung.

Berlin, den 27. September 1923.

(Siegel.)

Der Preußische Finanzminister.

v. Richter.

(Ar. 12661.) Verordnung über eine Erhöhung des Ausgleichszuschlags und der Frauenbeihilfe. Vom 28. September 1922.

Auf Grund der durch das Gesetz vom 12. Juli 1923 (Gesetzsamml. S. 314) erteilten Ermächtigung verordne ich, was folgt:

Es werden festgesett:

a) der Ausgleichszuschlag — § 18 Abs. 1 des Beamten-Diensteinkommensgesetzts vom 17. Dezember 1920/1. April 1923 (Gesetzsamml. 1923 S. 167) in der Fassung des Gesetzts vom 12. Juli 1923 (Gesetzsamml. S. 305) —

für die erste Hälfte des Monats September 1923 auf 38 840 vom Hundert, " das dritte Viertel " " " " " 199 900 " " und " " vierte " " " " " 699 900 " " ;

1) SI C TITIE GIO OVER 9 O										
b) die Frauenbeihilfe — § 18 Abs. 2 a. a. D. —	20,000,000	000 - 16 - 11 - 11 - 17 - 17 - 17 - 17 - 17								
für die erste Hälfte bes Monats September 1923 auf	100 000 000	wate monathy,								
» das dritte Biertel » » » » »	100 000 000	"								
» » vierte » » » »	070 000 000									
in Orten ohne örtlichen Sonderzuschlag auf	350 000 000	"								
» » mit » Sonderzuschlägen										
bei einem Hundertsatz des örtlichen Sonderzuschlags vom Gesamtdiensteinkommen										
von 1 auf	353 500 000	Mark monatlich,								
» 3,5»	362 250 000	» » -								
» 6'»	371 000 000	» »								
» 8,5»	379 750 000	» »								
» 10,5	386 750 000	» »								
» 13»	395 500 000	" "								
» 15,5	404 250 000	" "								
» 18»	413 000 000	" "								
» 20 _, 5»	421 750 000	" "								
» 25 ₁ 5	439 250 000	» »								
» 37,5	481 250 000	» »								
» 52 _/ 5»	533 750 000	»								

Berlin, ben 28. September 1923.

Der Preußische Finanzminister.

In Bertretung:

(Siegel.)

Weber.

(Mr. 12662.) Berordnung zur Anpassung der Wanderlagersteuer an die Geldwertanderung. Bom 30. September 1923.

Unf Grund des § 4 des Wanderlagersteuergesetzes vom 14. Januar 1921 (Gesetzfamml. S. 299) in der Fassung des Gesetzes zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldwertanderung vom 31. Juli 1923 (Gesetzsamml. S. 361) wird folgendes angeordnet:

Artifel 1.

Die durch das Gesetz zur Aupassung der Steuergesetze an die Geldwertänderung vom 31. Juli 1923 (Gesetzfamml. S. 361) im § 3 festgesetzten Wanderlagersteuersätze werden dahin abgeändert, daß die Steuer für jede Woche der Dauer des Wanderlagerbetriebs beträgt

	Berlin übrig	A STATE OF THE STA									36 000 000	Mart,
tint	unin	ich .	.,		V.	=00 000	m.	INCUMENTS.		10	00 000 000	
	ın	Orten	mit	mehr	als	500 000	एगा	mohnern			 30 000 000	p
	"	"	>>	"	"	100 000	bis	500 000	Einwohnern		 24 000 000	"
	>>	"	"	"	"	50 000	>>	100 000	"		 18 000 000	n
											12 000 000	"
	"	"	bis	zu 10	000	Einwoh	nern				 6 000 000	"

sofern der Betrieb von einer Person versehen wird; sie erhöht sich für jede weitere im Betriebe tätige Person (Mitunternehmer oder Angestellter) um den gleichen Betrag, für einen nur mechanische Dienstleistungen verrichtenden Gehilfen (Hausdiener, Kutscher, Laufburschen oder mädchen und dergleichen) um je den halben Betrag.

Artifel 2.

Diese Berordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oftober 1923 in Kraft. Die Steuersätze des Artifels 1 finden keine Anwendung, wenn der Zeitabschnitt, für welchen die Steuer zu entrichten ist, bei Inkrafttreten der Berordnung bereits begonnen hat.

Berlin, den 30. September 1923.

Sugleich im Namen bes Minifters bes Junern:

(Giegel.)

Der Finanzminister.

(Nr. 12663.) Dritte Verordnung des Staatsministeriums, betreffend Anhaffung der Staats und Gemeindes steuern an die Geldwertänderung. Vom 8. Oktober 1923.

Unf Grund des § 1 des Gesehes zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldwertänderung vom 31. Juli 1923 (Gesehsamml. S. 361) in der Fassung der Berordnung des Staatsministeriums vom 1. September 1923 (Gesehsamml. S. 415) wird für den Monat Oktober 1923 als Verhältniszahl für die Anpassung der Staatse und Gemeindesteuern an die Geldwertänderung seit dem 1. April 1923 die Jahl 6000 sestgesetzt.

Berlin, ben 8. Oftober 1923.

(Giegel.)

Das Preußische Staatsministerium. Braun. Severing. v. Richter.

(Nr. 12664.) Zweite Verordnung über die Anpassung der Stempelsteuer an die Geldwertanderung. Bom 8. Oktober 1923.

Unf Grund des Artisels 4 des Gesetzes vom 25. Juli 1923 (Gesetzsamml. S. 341) zur Anderung des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895/26. Juni 1909 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1909 sowie des Wassergesetzes vom 7. April 1913 und auf Grund des § 14 des Gesetzes zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldwerkänderung vom 31. Juli 1923 (Gesetzsamml. S. 361) wird folgendes verordnet:

Die in der Berordnung vom 10. September 1923 (Gefehfamml. S. 431) feftgesetzten Beträge werden

mit Wirfung vom 16. Oftober 1923 ab wie folgt erhöht:

a) die Feststempel des Stempeltarifs vom 30. Juni 1909/25. Juli 1923 (auch diejenigen, die neben den Wertstempeln als Höchst- und Mindeststempel oder für besondere Fälle angegeben sind) vom Cinmillionenfachen auf das Zwanzigmillionenfache;

b) die Freigrenze des § 4 des Stempelsteuergesetzes von hundert Millionen Mark auf eine Milliarde Mark; c) die Freigrenze der Tarifstelle 71 Ziffer 2 Abs. 3 unter b (Verträge über Arbeits- und Dienst

leiftungen) von funf Milliarden Mark auf hundert Milliarden Mark;

d) der Mindestfatz des § 11 des Stempelstenergesetzes von fünfhunderttausend Mark auf zehn Millionen Mark. Die Stempelabgabe steigt in Abstufungen von je einer Million Mark, wobei überschießende Stempelbeträge auf eine Million Mark nach oben abgerundet werden.

Berlin, ben 8. Oftober 1923.

Der Preußische Finanzminister.

(Siegel.)

In Vertretung: Weber.